

Führungswechsel bei Ägyptens Muslimbruderschaft: Demokratieversuch mit unverhofftem Ergebnis

Annette Büchs

Am 16. Januar 2010 gab Ägyptens größte Oppositionsbewegung – die verbotene, aber geduldete Muslimbruderschaft – die Wahl von Mohammad Badei zu ihrem neuen Obersten Führer bekannt. Badei wurde Nachfolger von Mohammad Mahdi Akef, der nach nur sechs Jahren Amtszeit seinen Rücktritt erklärt hatte. Erstmals schied damit ein Oberster Führer der Muslimbruderschaft nicht durch Tod, sondern freiwillig aus dem Amt.

Analyse

Mit dem Amtsverzicht ihres Obersten Führers und der Neuwahl seines Nachfolgers versuchte die Muslimbruderschaft, sich als *die* politische Reformkraft Ägyptens darzustellen. Sie präsentierte damit ein Kontrastprogramm zu Ägyptens 82-jährigem Präsidenten Hosni Mubarak, der trotz seines hohen Alters nicht von seinem Amt lassen will und überdies die Weichen für die Nachfolge durch seinen Sohn Gamal Mubarak stellt. Akefs bereits im April 2009 angekündigter Rücktritt bedeutete zwar einen demokratischen Impuls innerhalb der Organisation; Vorfeld, Ablauf und Ergebnis der Wahl verdeutlichen jedoch, dass die Muslimbruderschaft damit ein politisch riskantes Terrain betreten hat.

- Das Ergebnis der Wahl kündigt von einem klaren Machtzugewinn der konservativen Kräfte innerhalb der Muslimbruderschaft.
- Der Wahlgang und sein Vorlauf legte erhebliche Spannungen und Konflikte zwischen Konservativen und Reformern offen und förderte zudem Unzulänglichkeiten hinsichtlich der internen demokratischen Praxis zutage.
- Das Regime und die staatsnahen Medien trugen zur Erhöhung der Konflikte bei. Dies ist insbesondere im Kontext der Weichenstellung für die Parlamentswahlen 2010 zu sehen, für die das Regime die Muslimbruderschaft als größte Oppositionsbewegung zu schwächen sucht.
- Entgegen der ursprünglichen Intention führte der Demokratieversuch vorerst zu einer Schwächung der Muslimbruderschaft. Gleichwohl erscheinen Prognosen über ihre bevorstehende Spaltung, Auflösung oder Radikalisierung voreilig.

Schlagwörter: Ägypten, Muslimbruderschaft, Islamismus, Wahlen in autoritären Systemen

1. Der politische Kontext

Vor der letzten ägyptischen Parlamentswahl im Herbst 2005 übten die USA steigenden Demokratisierungsdruck auf das autoritäre Regime Ägyptens aus. Mehrfach hatten führende US-Politiker, unter anderem Außenministerin Condoleeza Rice, freie und faire Wahlen gefordert. Das ägyptische Regime lockerte daraufhin für kurze Zeit seinen Zangengriff auf die Opposition und es kam zu einer merklichen Belebung des politischen Klimas. Im Zuge dieses kurzzeitigen „Kairoer Frühlings“ versuchte die Muslimbruderschaft, sich als *die* politische Reformkraft Ägyptens zu präsentieren. In den Parlamentswahlen von 2005 gelang es ihr dann auch tatsächlich, trotz erheblicher Wahlmanipulationen seitens des Regimes 20 Prozent der Sitze im Parlament zu erlangen. Seitdem stellt sie auch formal die mit Abstand größte oppositionelle Kraft des Landes dar.

Die Selbstdarstellung als demokratische Reformkraft gelingt der Muslimbruderschaft seither nicht immer widerspruchsfrei. In der Organisation wirken zudem einflussreiche konservative Kräfte, die der politischen Arbeit der Muslimbruderschaft skeptisch gegenüber stehen und stattdessen eine stärkere Konzentration auf religiöse und soziale Aktivitäten fordern. Insbesondere in Bezug auf die Gleichstellung von Frauen, die koptische Minderheit und die Gewährung von Meinungsfreiheit vertreten diese Kräfte häufig Positionen, die sich mit demokratischen Prinzipien nicht vereinbaren lassen.

Das Regime indes will eine Wiederholung des Wahlerfolgs der Muslimbruderschaft von 2005 verhindern. Für die kommenden Parlamentswahlen im November 2010 und die Präsidentschaftswahlen 2011 werden entsprechende Vorkehrungen getroffen. Die Verfassungsreform von 2007 erschwert den Mitgliedern der Muslimbruderschaft das Kandidieren bei kommenden Wahlen erheblich. Bereits seit 2005 sieht sich die Muslimbruderschaft erhöhter Repression seitens des Regimes ausgesetzt. Insbesondere die politisch aktivsten ihrer Mitglieder sind seither zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Weil große Teile der ägyptischen Gesellschaft die momentan hinter den Kulissen vorbereitete dynastische Amtsnachfolge von Präsident Hosni Mubarak durch seinen Sohn Gamal Mubarak ablehnen (Lübben 2009), versucht das Regime, die Opposition umso mehr einzuschüchtern, je näher die Wahlen von 2010 und 2011 rücken.

2. Die Organisation der Muslimbruderschaft

Die größte oppositionelle Gruppe Ägyptens hat einen prekären rechtlichen Status. Offiziell seit 1954 verboten, wird die Muslimbruderschaft unter Mubarak jedoch de facto – in Grenzen – geduldet. Ihre Mitglieder sind als „Unabhängige“ sowohl im Parlament als auch in semi-staatlichen Institutionen, wie den einflussreichen Berufsverbänden, vertreten. Außerdem betreibt die Organisation ein weitläufiges Netz religiöser und sozialer Einrichtungen.

Die Muslimbruderschaft ist nicht nur die größte oppositionelle Gruppierung in Ägypten, sondern auch eine der ältesten. 1928 wurde sie von dem Grundschullehrer Hassan al-Banna als antikoloniale Bewegung gegründet. Al-Banna orientierte zunächst auf erzieherische, religiöse und soziale Arbeit, um – nicht zuletzt durch die Kraft des eigenen Beispiels – die Gläubigen zu „besseren“ Muslimen zu machen und dadurch eine „gute“ islamische Gesellschaft zu schaffen. Erst auf dieser Grundlage könne schließlich ein an islamischen Normen orientiertes politisches System entstehen. Die Muslimbruderschaft wurde zur ersten institutionalisierten sozialen Bewegung Ägyptens (Lübben 2004). Mit dem auf Erziehung und Bildung fokussierten Ansatz kam politischer Arbeit im engeren Sinn – also einer Aktivität im politischen System – kein hoher Stellenwert zu. Im Gegenteil, Hassan al-Banna lehnte das bestehende Parteiensystem ab, da es mit seinem „Gezänk“ Zwietracht unter den Muslimen säe.

Unter Präsident Mubarak, der 1981 an die Macht gelangte, vollzog sich eine Wende innerhalb der Muslimbruderschaft. Nachdem Mubaraks Vorgänger, Anwar al-Sadat, von Islamisten ermordet worden war, sah sich die Muslimbruderschaft im Zugzwang. Um ihre Anliegen weiter verfolgen zu können, musste sie von Gewalt als Handlungsoption öffentlich Abstand nehmen und sich zur Arbeit in den legalen Kanälen des ägyptischen Staates bekennen. Folgerichtig strebte die Muslimbruderschaft fortan eine Integration in das politische System Ägyptens an. Zu den Parlamentswahlen von 1984 und 1987 trat sie erfolgreich in Allianzen mit anderen Parteien und zu den Wahlen von 2000 und 2005 mit unabhängigen Kandidaten an. Mit der Amtsübernahme des bisherigen Obersten Führers, Mohammad Mahdi Akef, im Jahr 2004 erfuhr die Entwicklung der Muslimbruderschaft zu einem dezidiert politischen Akteur eine erheb-

liche Beschleunigung. Verschiedentlich verkündeten ihre Führer sogar, eine eigene Partei gründen zu wollen. Immerhin wurde 2007 der Entwurf eines Parteiprogramms veröffentlicht. Mit diesem Programmwurf war die Muslimbruderschaft in die politische Offensive gegangen, offenbarte damit aber gleichzeitig die Existenz unterschiedlicher Strömungen innerhalb ihrer Organisation. Entgegen den Positionen des von Akef geförderten reformistischen Lagers enthielt dieser Entwurf mit Demokratie z.T. unvereinbare Positionen konservativer Kräfte. Die Muslimbruderschaft sah sich deshalb verstärkt mit Vorbehalten anderer oppositioneller Kräfte konfrontiert, die ihr beispielsweise vorwarfen, die Demokratie lediglich als Mittel zum Zweck zu benutzen, um an die Macht zu gelangen. Nach erfolgreicher Machtübernahme beabsichtige sie, einen autoritären theokratischen Staat zu gründen.

Auch die Organisationsstruktur der Muslimbruderschaft, die oftmals als streng hierarchisch und autoritär bezeichnet wird – Charakteristika, die allerdings für alle ägyptischen Parteien zutreffen –, trägt zu diesem Misstrauen bei. Der Wahlmechanismus zur Besetzung des Amtes des Obersten Führers spielt hierbei eine nicht unerhebliche Rolle. Gemäß ihrer Satzung, die 1938 bestätigt und 1982 modifiziert wurde, sieht die Muslimbruderschaft eine auf direkten Wahlen regionaler Räte basierende Struktur vor. Diese regionalen Räte sollen ihrerseits alle vier Jahre den Allgemeinen Schura-Rat auf nationaler Ebene wählen, der als das gesetzgebende Organ der Organisation gilt und dessen Beschlüsse bindend sind. An dessen Spitze steht des ebenfalls für vier Jahre zu wählende Führungsbüro. Das höchste Amt ist das des Obersten Führers, der in Personalunion sowohl dem Führungsbüro als auch dem Allgemeinen Schura-Rat vorsitzt. Seine Wahl erfolgt durch Vorschläge des Führungsbüros, die dem Allgemeinen Schura-Rat zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Beendigung seines Amtes ist auf dreierlei Weise möglich: durch Tod, Rücktritt oder Amtsenthebung durch den Rat bei Amtsmissbrauch (Al-Anani 2007).

Die Praxis weist jedoch erhebliche Unterschiede zur Satzung auf. Seit 1995 war die Rolle des Allgemeinen Schura-Rates erheblich eingeschränkt worden. Wegen der stark zunehmenden Repression durch das Regime wagte es der Rat nicht mehr zu tagen. 14 Jahre lang – von 1995 bis 2009 –, fanden keine Wahlen des Rates zur Neubesetzung

des Führungsbüros statt. Entscheidungsprozesse innerhalb der Muslimbruderschaft waren deshalb lange auf den Obersten Führer und das personell faktisch unveränderte Führungsbüro konzentriert. Kritiker bemängelten, Entscheidungsprozesse seien dadurch oft nicht nachvollzieh- bzw. vermittelbar gewesen. Die Muslimbruderschaft selbst rühmt sich hingegen der konsequenten internen Praktizierung des islamischen Schura-Prinzips (gegenseitige Beratschlagung), das hier als gleichbedeutend mit Demokratie verwendet wird.

Die Machtkonzentration beim Obersten Führer und dem Führungsbüro – bei gleichzeitiger Schwächung des Allgemeinen Schura-Rates – zeigte sich auch bei der Besetzung des höchsten Amtes der Muslimbruderschaft, als – entgegen der Satzung – die Position des Obersten Führers nicht durch Wahl erfolgte. Da bislang alle Obersten Führer in der Geschichte der Organisation bis zum Lebensende in ihrem Amt blieben, stellt die Art und Weise seiner Besetzung eine Schlüsselfrage für die Glaubwürdigkeit der Muslimbruderschaft als politische Reformkraft dar.

3. Die Wahlen der Muslimbruderschaft

Als Mohammad Mahdi Akef im April 2009 verkündete, sein Amt als Oberster Führer im Januar 2010 nach sechsjähriger Amtszeit niederzulegen und Neuwahlen durch den Allgemeinen Schura-Rat abzuhalten, stellte dies ein Novum in der 82-jährigen Geschichte der Organisation dar. Der Entschluss manifestierte auch ein Kontrastprogramm zum Gebaren des betagten Präsidenten Hosni Mubarak. Für die „Vererbung“ seines Amtes an seinen Sohn Gamal Mubarak werden – trotz der Ablehnung durch wachsende Teile der ägyptischen Bevölkerung – momentan die Weichen gestellt. Außerdem sollten etwa zeitgleich zur Wahl des Obersten Führers, zum ersten Mal seit 1995 Wahlen zur Neubesetzung des Exekutivorgans der Muslimbruderschaft stattfinden.

Traditionell stellt sich die Muslimbruderschaft als geschlossen handelnde Gruppe dar, deren innere Harmonie und Einigkeit eine Quelle ihrer Stärke bilde. Obwohl die Organisation unter Akef begann, die Öffentlichkeit an internen Diskussionen begrenzt teilhaben zu lassen, wurde stets betont, dass Meinungsvielfalt und konstruktive Diskussion innerhalb der Muslimbruderschaft keineswegs im Gegensatz zur Harmonie und Einheitlichkeit

der Organisation stünden. Die Existenz *konkurrierender Lager* wurde entweder heruntergespielt oder gänzlich bestritten: Es gebe lediglich individuelle Meinungen und deren konstruktiver Austausch sei ein Beweis für die lebhaft interne Praktizierung des „demokratischen“ Schura-Prinzips.

De facto ist die Muslimbruderschaft jedoch eine breite soziale und politische Bewegung, die unterschiedliche soziale Klassen und politische Strömungen umfasst. Ihre Zersplitterung in verschiedene Lager zeigt sich dementsprechend komplex. Verallgemeinernd sind zwei Hauptfraktionen hervor zu heben, die im Kontext der Wahlen von Relevanz waren.

Das Lager der „Reformer“ favorisiert das Wirken im öffentlichen Bereich und tendiert somit zu konstruktiver, offener Auseinandersetzung mit der Gesellschaft. Die Reformer plädieren für die politische Aktivität der Muslimbruderschaft in den staatlichen Institutionen. Im Umgang mit anderen politischen und gesellschaftlichen Gruppen, wie zum Beispiel der koptischen Minderheit oder Frauenverbänden, tendieren sie zu Toleranz.

Das Lager der „Konservativen“ steht dagegen politischer Arbeit und Aktivitäten im öffentlichen Bereich skeptisch gegenüber. Die Vertreter dieses Lagers agieren eher nach „innen“ gerichtet und konzentrieren sich im Sinn der Gründungsidee auf das Heranziehen einer „Avantgarde der Gläubigen“, welche die Gesellschaft zu einer „guten islamischen Gesellschaft“ transformieren sollen (Tamam 2009). Religiöse und karitative Arbeit stehen im Vordergrund. Anderen politischen und gesellschaftlichen Gruppen bringen sie wenig Toleranz entgegen. Ihre Positionen gegenüber der Gleichbehandlung von Frauen und Kopten oder politischen Rechten sind mit demokratischen Grundsätzen oft nicht vereinbar.

Die beiden Lager stehen allerdings nicht zwangsläufig und fortwährend im Konflikt miteinander, sondern haben sich zu bestimmten Zeiten vielmehr sehr gut ergänzt und der Muslimbruderschaft dadurch zu ihrem besonderen Erfolg verholfen. Dies gilt nicht zuletzt für die Amtszeit von Mohammad Mahdi Akef, der zwar dem Reformlager näher stand, aber auch geschickt als Bindeglied zwischen beiden Strömungen fungierte. Im Vorfeld und im Verlauf der Wahlen des Obersten Führers und des Führungsbüros, die im Dezember 2009 abgehalten wurden, kam es jedoch vermehrt zu Spannungen zwischen Reformern und Konservativen. In den Medien löste

dies sogar Spekulationen über eine Spaltung der Organisation aus.

Bereits kurz nach der Ankündigung Akefs im April 2009, Neuwahlen für das Amt des Obersten Führers abzuhalten, wurde über interne Machtkämpfe der Muslimbruderschaft spekuliert. Konservative Kräfte hatten innerhalb der Organisation einen Machtzugewinn verzeichnen können, als es ihnen gelang, fünf ihrer Hardliner durch Kooptation in das Führungsbüro zu befördern. Regime-treue Medien beeilten sich, Akefs Entschluss zum Rücktritt mutmaßlichen Schwierigkeiten zwischen ihm und dem nun konservativeren Führungsbüro zuzuschreiben und nicht dem Bestreben, ein demokratisches Beispiel zu setzen. Ungeachtet dessen spitzten sich Ende Oktober 2009 die Differenzen zwischen Akef und konservativen Mitgliedern des Führungsbüros weiter zu. Nach dem Tod eines Mitglieds des Führungsbüros wollte Akef den prominenten Reformen Essam al-Erian ins Führungsbüro kooptieren. Dies hätte einen gewissen, wenn auch kleinen Ausgleich zu den konservativen Kräften bedeutet. Das Führungsbüro lehnte die Aufnahme al-Erians jedoch ab. Als Grund wurde angeführt, Akefs Prozedere widerspräche den internen Regeln der Organisation. Dass sie auf dem gleichen Weg in das Führungsbüro gelangt waren, blendeten die Hardliner aus. Laut Medienberichten soll Akef im Streit den Raum verlassen haben, was insbesondere in den regimekonformen Zeitungen zu Spekulationen über seinen sofortigen Rücktritt führte (*Al-Ahram* 2009). Dies hätte für die Muslimbruderschaft vor allem deshalb einen Skandal bedeutet, weil sie ihre interne Harmonie so hervorhebt. Obwohl der Vorfall umgehend dementiert wurde, übertrug Akef danach einen großen Teil seiner Aufgaben an seinen Stellvertreter, den reformorientierten Mohammad Habib. Dies wurde von vielen Beobachtern als deutliches Zeichen seiner Frustration mit dem Führungsbüro gewertet. Äußerungen Habibs in den Medien bestätigten in der Folge die Existenz von Spannungen und Konflikten zwischen Akef und dem Büro.

Mit der Verweigerung der Aufnahme al-Erians in das Führungsbüro sahen sich die Reformer zurückgesetzt. In den verbleibenden zwei Monaten bis zu den Wahlen nahmen die Spannungen weiter zu. Sie entzündeten sich insbesondere an der Bestimmung des Wahltermins. Nach einer ersten Umfrage unter den Mitgliedern des Allgemeinen Schura-Rates zur Festsetzung des Termins kam

es im Führungsbüro zu Differenzen darüber, wie das Ergebnis zu bewerten sei. Nach Mohammad Habibs Darstellung hatte die Mehrheit für eine Verschiebung der Wahl des Obersten Führers und des Führungsbüros bis nach den Neuwahlen für den Allgemeinen Schura-Rat im Juni 2010 gestimmt. So wäre zumindest die Möglichkeit erhalten geblieben, die momentane Dominanz der Konservativen im Allgemeinen Schura-Rat zu schwächen. Die mehrheitliche Auffassung des Führungsbüros sah jedoch eine Stimmenmehrheit für die Abhaltung der Wahlen noch vor Akefs Amtsniederlegung. Das Führungsbüro ließ also eine zweite, allerdings modifizierte Umfrage beim Allgemeinen Schura-Rat durchführen, die eine Mehrheit dafür ergab, die Wahlen vor Akefs Amtsniederlegung im Januar 2010 durchzuführen.

Das Vorgehen des Führungsbüros provozierte harsche Kritik durch namhafte Vertreter und Sympathisanten des reformistischen Lagers bis hin zum Stellvertreter des Obersten Führers, Mohammad Habib. Die Art und Weise der Bestimmung des Wahltermins habe – ebenso wie das Prozedere der Wahlen an sich – gegen die Satzung verstoßen und komme einem internen Coup gleich, so die Vorwürfe. Die Wahlen hätten nicht durch Akef, sondern nur durch den Allgemeinen Schura-Rat angesetzt werden dürfen. Diesem sei es aber angesichts der Übergriffe durch Sicherheitskräfte nicht möglich gewesen, sich satzungsgemäß an einem Ort zu treffen. Somit seien die Wahlen illegal und ihre Ergebnisse nichtig. Die Beschuldigten hingegen beteuerten die Rechtmäßigkeit der Wahlen.

Die Wahlen wurden zwischen dem 18. und dem 20. Dezember 2009 abgehalten. Insgesamt betrachteten die reformorientierten Muslimbrüder die Ergebnisse der Wahlen als Niederlage, weil sie ein klar von konservativen Kräften dominiertes Exekutivorgan der Organisation hervorbrachten. Zu den prominentesten Vertretern der Hardliner im Führungsbüro zählen Mahmoud Ezzat und Goma'a Amin. Namhafte Reformer wie Abdel Mene'em Aboul-Foutouh und Mohammad Habib schafften es hingegen nicht in das neue Führungsorgan. Als minimaler Erfolg blieb ihnen jedoch, dass zumindest Essam al-Erian – dessen Beförderung ins Führungsbüro noch im Oktober verhindert worden war – nun doch ins Exekutivorgan gewählt wurde. Mit Mohammad Badei als neuem Obersten Führer steht jetzt allerdings ein konservativer Hardliner an der Spitze der Muslimbruderschaft. Der 1943 im Nildelta geborene

Professor für Veterinärmedizin ist bisher in der Öffentlichkeit nur wenig in Erscheinung getreten. Innerhalb der Organisation war er in den letzten Jahren insbesondere für den Bereich der ideologischen Erziehung der Mitglieder zuständig. Als prominenter Muslimbruder saß er mehrfach in Haft.

4. Die strukturelle Schwäche der Reformer

Die Ergebnisse der Wahlen dokumentieren vor allem die strukturellen Nachteile des Reformlagers innerhalb der Organisation. Während die Reformer insbesondere für die Gestaltung des Images und das Auftreten der Muslimbruderschaft im öffentlichen Bereich zuständig sind, befinden sich die Organisationsstrukturen in der Regel in den Händen konservativer Kräfte. Dies gilt zum einen auf der Ebene des Führungsbüros, in dem die konservative „alte Garde“ stark vertreten ist, und zum anderen auf der Ebene der Gouvernorate, in dessen Verwaltungs- und Schura-Räten zwar eine jüngere, deshalb aber nicht weniger konservative Generation dominiert. Sie sind diejenigen, die in der Organisation Aufnahme- und Beförderungskriterien festlegen und die die Inhalte der religiösen Erziehung und der Arbeit mit den Mitgliedern an der Basis zusammenstellen.

Hinzu kommt, dass sich in den letzten Jahren das organisatorische Gewicht der Muslimbruderschaft von den tendenziell progressiveren Städten hin zu den konservativer ausgerichteten ländlichen Regionen verschoben hat (Al-Hudaybi 2009). Dort gewinnt momentan wahhabitisch-salafistisches Gedankengut erheblich an Einfluss. Diese ultrakonservative, extrem dogmatische islamische Strömung, die für die wörtliche Auslegung der religiösen Quellen eintritt, unterscheidet sich zwar von der Muslimbruderschaft, die den Gebrauch der Vernunft propagiert, um Probleme der Gegenwart im Analogieschluss islamkonform zu klären, durchdringt aber vor allem auf der Gouvernoratebene zunehmend die Weltansicht konservativer Mitglieder der Muslimbruderschaft.

Die strukturellen Nachteile für die Reformkräfte werden zusätzlich dadurch verstärkt, dass das Regime gezielt gegen ihre Vertreter vorgeht, um damit die Attraktivität der Muslimbruderschaft für Unzufriedene und Oppositionelle zu verringern.

5. Die Rolle des Regimes bei den Wahlen

Im Vorfeld und im Verlauf der Wahlen innerhalb der Muslimbruderschaft haben Regime und staatsnahe Medien zur Verschärfung der internen Spannungen und Konflikte beigetragen. Mit reißerischer Berichterstattung – wie zum Beispiel des Verbreitens von Gerüchten über Akefs Rücktritt – sollte zweierlei erreicht werden:

Zum einen wollte man die Muslimbruderschaft als tief zerstrittene, sich unmittelbar vor ihrer Spaltung befindliche Organisation brandmarken. Damit würde sie bei den kommenden Parlamentswahlen 2010 und den Präsidentschaftswahlen 2011 keine ernstzunehmende politische Alternative mehr darstellen.

Zum anderen beabsichtigte man, die Glaubwürdigkeit der Muslimbruderschaft als politische Reformkraft in Misskredit zu bringen. Es sollte der Eindruck vermittelt werden, dass sie eigentlich eine Organisation von konservativen Hardlinern ist, aus der reformistische Kräfte hinausgedrängt werden. Es wurde angezweifelt, dass die Organisation auf demokratischen Grundsätzen fuße und diese vermitteln wolle. Demokratische Mittel benutze die Muslimbruderschaft lediglich dazu, um dauerhaft an die Macht zu gelangen.

Die Propaganda steht klar unter dem Vorzeichen, eine Wiederholung des Wahlerfolgs der Muslimbruderschaft von 2005 mit allen Mitteln zu verhindern. Neben der verschärften Repression soll die größte und am besten organisierte Oppositionsbewegung auf diesem Weg auch aus der politischen Mitte verdrängt und von anderen Reformkräften isoliert werden.

6. Bewertung und Ausblick: Die Muslimbruderschaft in der Krise?

Die Wahlen zu den obersten Führungsgremien waren dazu gedacht, die Wahrnehmung der Muslimbruderschaft als stärkste politische Reformkraft in Ägypten zu verstärken. Das Ergebnis ist jedoch ambivalent. Obwohl die Wahlen als Einhalten demokratischer Verfahrensweisen innerhalb der Organisation bewertet werden können, haben sie doch erhebliche interne Spannungen und Konflikte offengelegt.

Von besonderer Relevanz ist die Frage, ob sich die Muslimbruderschaft in einer so schweren Krise befindet, dass ihr Abschneiden bei den anstehenden

Parlamentswahlen im Herbst 2010 beeinträchtigt werden wird. Einige Experten sprechen von der schwersten Krise der Organisation seit den frühen 1950er Jahren und einige befürchten sogar, dass die Spannungen zwischen Reformern und Konservativen die Bruderschaft zu paralysieren drohen. Auf der Gegenseite finden sich Argumente dafür, dass sich die Widerstandskraft und Anpassungsfähigkeit der Muslimbruderschaft in ihrer 82-jährigen Geschichte nicht zuletzt darin gezeigt habe, dass sie bereits schwerwiegendere Herausforderungen überstehen konnte (Al-Anani 2009, Tamam 2009). Eine Spaltung der Organisation oder ihre Radikalisierung – das Abweichen vom Pfad der Gewaltfreiheit, zu dem sich die Organisation seit fast 30 Jahren konsequent bekennt –, wird nur von den Vertretern der ersten Meinung für möglich gehalten. Beiden Standpunkten ist jedoch gemeinsam, dass sie in Zukunft vor allem konservativere Positionen der Organisation zu gesellschaftlichen Fragen sowie eine stärkere Konzentration auf religiöse und karitative Tätigkeiten erwarten.

Inwieweit die Muslimbruderschaft unter diesen Bedingungen bei kommenden Wahlen erfolgreich sein kann, bleibt abzuwarten. Nach der erheblichen Einschränkung ihrer politischen Wirkungsmöglichkeiten durch die Verfassungsreform von 2007 hat das Regime weitere Vorkehrungen zur Behinderung von Kandidaten der Muslimbruderschaft getroffen. Bei den 2007 durchgeführten Wahlen zur zweiten Kammer des ägyptischen Parlaments, dem Nationalen Schura-Rat, sowie bei den Kommunalwahlen von 2008 wurde die Muslimbruderschaft mit massivem Druck an der Teilnahme gehindert. Während einerseits über die Auswirkungen der Krise auf die Wahlchancen der Muslimbruderschaft kontrovers diskutiert wird, ist es andererseits noch unklar, ob Ägyptens größte Oppositionskraft an den Parlamentswahlen 2010 überhaupt teilnehmen kann.

Literatur

- Al-Ahram* (2009), Istiqala Mahdi Akef murshid al-gama'a al-mahtura, 19.10.
- Al-Anani, Khalil (2007), *Al-Ikhwan al-muslimun fi masr: Al-shaykhsukha tusaari' al-zaman*, Kairo: Al-Shourouq Al-Dawliya.
- Al-Anani, Khalil (2009), Dissenting Brothers, in: *Al-Ahram Weekly*, 7.-13.11.
- Al-Hudaybi, Ibrahim (2009), Brotherhood Faces Leadership Challenge, in: *Arab Reform Bulletin*, 7, 11, online: <www.carnegieendowment.org/arb/?fa=show&article=24118>.
- El-Din, Gamal Essam (2009), Hawkish Coup, in: *Al-Ahram Weekly*, 24.-30.12.
- Fürtig, Henner (2008), Ägypten zwischen Reformdruck und Beharrungsvermögen, in: A. Heinemann-Grüder, J. Hippler, M. Weingart, R. Mutz und B. Schoch (Hrsg.), *Friedensgutachten 2008*, Münster: Lit, 281-292.
- Fürtig, Henner (2007), Transformation to persist: Political Reform in Egypt since 9/11, in: Henner Fürtig (Hrsg.), *The Arab Authoritarian Regime between Reform and Persistence*. Newcastle: Cambridge Scholars Publishing, 26-56.
- Fürtig, Henner (1995): Die ägyptische Muslimbruderschaft (al-Ikhwan al-Muslimun) und der Nationale Dialog – Eine neue Taktik?, in: *asien, afrika, lateinamerika*, 23, 261 ff.
- Lübben, Ivesa (2004), Nationalstaat und islamische *umma* bei Hasan al-Banna, Gründungsmythos und Annäherung an die gesellschaftliche Realität, in: Angelika Hartmann, Sabine Damir-Geilsdorf und Beatrice Hendrich (Hrsg.), *Geschichtskonzeptionen und Erinnerungsprozesse im Islam*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Tamam, Hossam (2009), Back to the future, in: *Al-Ahram Weekly*, 29.10.-4.11.

<www.almasry-alyoum.com>

<www.amlalommah.net>

<www.ikhwanonline.com>

■ Die Autorin

Annette Büchs, M.A. (SOAS) ist Doktorandin im Fach Geschichtswissenschaft an der Universität Hamburg und am GIGA Institut für Nahost-Studien.

E-Mail: <buechs@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/buechs>>.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Aktuell werden islamistische Bewegungen bzw. die transnationale Netzwerkbildung im politischen Islam im Rahmen des Forschungsteams „Religion, Konflikt und Politik“ im Forschungsschwerpunkt 2, „Gewalt und Sicherheit“ untersucht. Die ägyptische Muslimbruderschaft nimmt hierbei einen breiten Raum ein.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Lübben, Ivesa (2009), *Die Muslimbruderschaft und der Widerstand gegen eine dynastische Erbfolge in Ägypten*, GIGA Focus Nahost, 5, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Mattes, Hanspeter (2009), *Die „historische“ Kairo-Rede von U.S.-Präsident Obama – Reaktionen in Nordafrika und Nahost*, GIGA Focus Nahost, 7, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Harders, Cilja (2008), *Autoritarismus von unten: Lokale Politik in Ägypten*, GIGA Focus Nahost, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Fürtig, Henner (2007), *Verfassungsreferendum in Ägypten: Meilenstein oder Mogelpackung?*, GIGA Focus Nahost, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Bert Hoffmann; Lektorat: Silvia Bücke
Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM